№ 93
A 40
Morgen-Ausgabe
Berlin
Sonnabend, 24. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für März 5500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 8000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 400 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 110 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (z. Zeit d. Handelsl.): Jul. Kilian. Berlin. Unverlangt. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die indische Boykottkrise.

Von

Dr. Helmuth von Glasenapp.

Privatdozent an der Universität Berlin.

Wie alljährlich hat auch in den letzten Tagen des vergangenen Jahres der indische Nationalkongreß seine Sitzungen abgehalten. Als Ort der Tagung war das heilige Gaya in der Provinz Bihar erwählt worden, eine Stadt, die nicht nur für die Hindus eine sagenumwobene Ehrwürdigkeit besitzt, sondern auch einem großen Teil der Menschheit als eine geweihte Stätte gilt, weil hier dem Prinzen Siddatha das Licht der Wahrheit aufging, so daß er aus einem Suchenden zu einem Erleuchteten, einem Buddha, wurde. Der Kongreß — der 37., der seit seiner Begründung abgehalten wurde — war sehr zahlreich besucht; an 20 000 Personen sollen aus ganz Indien nach Gaya geströmt sein, um hier über die von der Nationalpartei einzuschlagende Politik zu beratschlagen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die große Rede des Präsidenten des Kongresses, des bekannten bengalischen Rechtsanwalts Chitta Ranjan Das. Unter Entfaltung von viel Geistesgegenwart gab Das einen Ueberblick über die Geschichte der englischen Verfassungskämpfe, die er mit denen des heutigen Indiens in Parallele stellte, dann zeigte er die theoretischen Grundlagen für die Entstehung einer künftigen indischen Selbstregierung, die sich nach ihm durch das Zusammenwachsen kleiner autonomer organisatorischer Einheiten nach Art der altindischen Dorfgemeinden entwickeln soll. Nach diesen mehr akademischen Erörterungen wandte er sich der Frage zu, was zunächst zu geschehen habe, um das angestrebte Ziel, die Erlangung des „Swaradsch" zu erreichen. Er betonte hierbei, daß er den bisher empfohlenen Boykott der von der Regierung gemäß den Montagu-Chelmsfordschen Reformen eingesetzten Volksvertretungen nicht für erfolgreich halte. Es sei eine Aenderung der Taktik notwendig; man müsse sich dazu entschließen, die Parlamente nicht wie bisher „von außen", sondern „von innen" zu boykottieren, das heißt also (nach der von uns bei den Kommunisten befolgten Methode) „in das Parlament gegen das Parlament" zu wählen. Würden sich die Anhänger der „Non-Cooperations-Bewegung" bei den nächsten Wahlen zu den gesetzgebenden Räten als Abgeordnete aufstellen lassen, so würden sie durch ihre große Zahl voraussichtlich die Majorität in den Volksvertretungen erlangen; sie wären dann in der Lage, entweder ihre Ziele durchzusetzen (was allerdings wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat) oder aber durch ihre Opposition gegen die Regierung die Auflösung der Parlamente herbeizuführen.

Der Vorschlag von C. R. Das fand im Kongreß nur bei einer Minderheit Zustimmung. Die Mehrheit der Versammlung erblickte in dem Daschen Plan ein Aufgeben des Prinzips der „Non-Cooperation", des unbedingten Boykotts aller Institutionen der Regierung. Sie beschloß daher, über die Vorschläge des Präsidenten zur Tagesordnung überzugehen und in Weiterführung der auf dem letzten Kongreß von (dem inzwischen internierten Nationalistenführer) Gandhi vertretenen Politik nach wie vor die Volksvertretungen zu boykottieren und die Verwirklichung des „bürgerlichen Ungehorsams" vorzubereiten. Zu diesem Zweck soll bis zum 30. April eine Kampfsumme von 2½ Millionen Rupies und eine Armee von 50 000 freiwilligen Helfern geschaffen werden. Ein Komitee soll zu agitatorischen und informatorischen Zwecken das Land bereisen und im Mai soll dann über die Durchführung der passiven Resistenz weiter beschlossen werden.

Infolge der Ablehnung seiner Pläne durch die Majorität des Kongresses hat C. R. Das seine Präsidenten-Stellung niedergelegt. Er erklärte jedoch nicht seinen Austritt aus dem Kongreß, sondern schloß seine Anhänger zu einer „Kongreß-Kalifats-Partei" innerhalb des Kongresses zusammen, die es versuchen soll, für seinen Vorschlag zu wirken. Es bleibt abzuwarten, welche Politik die Nationalisten in Zukunft einschlagen werden, ob die von Das oder die der heutigen Majorität. Viel der gegenwärtigen Hoge der Dinge scheint für eine erfolgreiche Durchführung des schon so oft geplanten, aber immer wieder hinausgeschobenen allgemeinen bürgerlichen Ungehorsams gegen die Gesetze der Regierung noch weniger Aussicht zu bestehen als im vorigen Jahre, wo Gandhi die Massen in viel höherem Maße beherrschte, als es die heutigen Führer tun, und trotzdem die völlige passive Resistenz nicht verwirklicht werden konnte. Die Realisierung des Daschen Vorschlages aber dürfte, selbst wenn er mehr Anhänger finden würde als bisher, durch den Widerstand der Regierung zum mindesten sehr erschwert, wenn nicht ganz in Frage gestellt werden.

Gleichzeitig mit dem Nationalkongreß tagten in Gaya noch eine Reihe von anderen Kongressen. Politische Bedeutung kam unter diesen namentlich den beiden Mohammedaner-Konferenzen zu, der von Dr. Ansari geleiteten Kalifats-Konferenz und der Konferenz der indischen Ulemas, bei welcher Maulana Habibur-Rahman den Vorsitz führte. Beide erklärten sich durchaus gegen die Daschen Vorschläge, traten für die Organisation des bürgerlichen Ungehorsams ein und verlangten besonders sofortige Durchführung im Falle eines britisch-türkischen Krieges. Im Vordergrunde des Interesses standen bei allen Tagungen natürlich die politischen Ereignisse im Nahen Osten und die Kalifatsfrage. Im Namen der indischen Muselmanen wurde den Türken als den berufenen Vorkämpfern des Islams jede irgend mögliche Unterstützung zugesagt. Die von der Angora-Regierung vollzogene Abtretung des Sultans Wahid-ud-Din fand allseitige Billigung, desgleichen auch die Wahl Abdul Medschids zu seinem Nachfolger. Es wurde jedoch hervorgehoben, daß die Stellung des Kalifen nach der von den Türken getroffenen Neuordnung noch der Klärung bedürfe; auf keinen Fall dürfe Kalifat und Sultanat voneinander getrennt werden, daß der Kalif nur geistiges Oberhaupt sei, hingegen keine Macht in weltlichen Dingen besitze. Bei aller konstitutionellen Beschränkung seiner Befugnisse müsse er doch gleichzeitig die geistliche wie die weltliche Macht des Islams in sich verkörpern.

Das Eintreten der Mohammedaner für die Türken fand auch unter den Hindus vollste Billigung. Der Nationalkongreß erklärte, auch die nicht-islamischen Inder erblickten in Kemal-Pascha und seinem Heer die Vorkämpfer der Freiheit Asiens. Zusammen mit ihren muselmanischen Brüdern würden auch die Hindus alles tun, um den Türken jede Unterstützung zu gewähren, die in ihren Kräften stände. Bei der bedrohlichen Lage im Orient ist dieses Bekenntnis zu einem Zusammenwirken zwischen Hindus und Mohammedanern nicht ohne Bedeutung; wieweit es den Indern jedoch möglich sein wird, ihre Worte in Taten umzusetzen, kann erst die Zukunft lehren.

Doumergue über die Ruhraktion.

Der wachsende deutsche Widerstand.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 23. Februar.

Der Führer der radikalen Fraktion des Senats, Gaston Doumergue, hat heute nachmittag bei Uebernahme des Präsidiums eine lange Rede gehalten, in der auch die Ruhrbesetzung erwähnt wurde. Doumergue erklärte darin wörtlich: „Frankreich hat bis in die letzte Zeit seine politische Gesinnung dadurch bewiesen, daß es Deutschland nur durch eine Politik der Verhältnlichkeit und Geduld dahin bringen wollte, den Versailler Vertrag auszuführen. Frankreich hat aber vor kurzem bemerkt, daß es ein Opfer dieser Politik war. Es hat sie deshalb durch eine energischere Politik, die in höherem Maße der deutschen Denkungsart entspricht, ersetzen müssen. Diese Politik muß energisch unterstützt werden, damit sie wirksam ist. Es gilt, unsere Lebensinteressen und unser Recht zu verteidigen." Der Senat spendete diesen Worten lebhaften Beifall. Doumergue fuhr dann fort, er könne und wolle nicht glauben, daß Frankreich von Verbündeten, die an seiner Seite gekämpft haben, verkannt werden könne.

Philippe Millet schreibt in der Wochenschrift „Europe Nouvelle" aus Essen: Der Widerstand der Bewohner des Rheinlandes und Ruhrgebietes gegen die französisch-belgische Aktion nehme von Tag zu Tag zu. Die militärischen Behörden hätten offenbar keine klare Vorstellung von den Schwierigkeiten, die besonders bei der Reorganisierung des Eisenbahnbetriebes zu lösen seien. Millet stellt weiter fest, daß Frankreich sich bitter täuschen würde, wenn es irgendwie auf die Mitwirkung der deutschen Arbeiter rechnen sollte, da diese dem Reparationsproblem noch weniger Verständnis entgegenbrächten als die Großindustriellen und in politischer Hinsicht ohnmächtig seien.

Millet meint, es würde einen Rückfall in den „Fehler von 1919" bedeuten, wenn Frankreich „unter dem Vorwand seiner Würde" es ablehnte, mit dem deutschen Gegner zu „verhandeln". Er bemerkt in diesem Zusammenhange wörtlich: „Ein Frieden, der nicht auf der Verhandlung beruht, ist meistens undurchführbar. Das ist seit drei Jahren durch die Tatsache bewiesen worden." Millets Artikel schließt mit den Worten: Wird man mit der deutschen Großindustrie zu verhandeln wissen? Wird man es verstehen, entschlossen unsere Rechte zu wahren und sich gleichzeitig bemühen dem Standpunkt des Gegners Verständnis entgegenzubringen? Wenn dies gelingt, wenn unsere gegenwärtige Unternehmung mit einem gut vorbereiteten und zur durchdachten diplomatischen Vertrag abgeschlossen wird, kann die Ruhr-Affäre Ausgangspunkt einer festen politischen Ordnung werden. Jede andere Methode würde uns im Gegenteil schließlich schweren Enttäuschungen entgegenführen."

Die Reparationskommission hat heute vormittag in der üblichen Wochenschlußsitzung die Frage der Uebertragung eines Teiles der deutschen Kriegsschuld auf die Staaten, an die durch den Versailler Vertrag Stücke des Deutschen Reiches gefallen sind, auf Grund eines Berichts des amerikanischen Delegierten Boyden erörtert. Die Kommission hat provisorische Ziffern für die Anteile Polens, Dänemarks, Belgiens und der Tschechoslowakei in Aussicht genommen, ohne einen endgültigen Beschluß zu fassen. Den genannten Staaten wird Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Frage zu äußern.

Die Reparationskommission sprach weiter über die für das Jahr 1923 geplanten Bestellungen in Deutschland und über die Holzlieferungen für Frankreich, ohne einen Beschluß zu fassen.

Bankraub in Essen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

oms **Essen**, 23. Februar.

Durch das Fehlen des polizeilichen Schutzes wird hier natürlich die öffentliche Sicherheit außerordentlich gefährdet und verbrecherischen Elementen ihr Treiben sehr erleichtert. In einzelnen Fällen hat man statt der Polizei die städtische Feuerwehr zu Hilfe gerufen, und deren Eingreifen ist es zu danken, daß größere Gewalttaten, die geplant waren, verhindert werden konnten.

Gestern abend wurde ein frecher Bankraub verübt, der kaum gelungen wäre, jedenfalls aber schwerlich ungeahndet bliebe, wenn man der Stadt Essen den polizeilichen Schutz nicht genommen hätte, auf den sie angewiesen ist. In das Bankhaus Nathan u. Cie., das sich etwa 100 Schritte von der französischen Polizeiwache, vor der Tag und Nacht Posten stehen, in der Märkischen Straße befindet, kamen kurz nach 8 Uhr zwei Zivilisten. Der eine dieser Zivilisten soll nur französisch gesprochen haben, während der andere deutsch sprach. Sie verlangten den Inhaber des Bankhauses zu sprechen und der 77jährige Chef der Firma empfing sie auch. Unter dem Vorwand, daß die Firma Unterstützungsgelder und Vorschüsse an die aufgelöste Schutzpolizei gezahlt hätte, wurde von Nathan die Herausgabe der Devisen verlangt. Da sich das Bankhaus vorwiegend mit Devisenankauf befaßt, waren auch erhebliche Summen fremder Gelder dort aufgespeichert. Der Bankier wurde gezwungen, seine Bestände herauszugeben. 2873 holl. Gulden, 4100 franz. Franks, 700 belg. Franks, 154 Dollar, 500 Lire und 2 engl. Pfund sind den Verbrechern in die Hände gefallen. Außerdem mußte der Kassenbestand in deutschem Gelde im Betrage von 3 217 500 M. ausgeliefert werden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Essener Gefangenen abtransportiert.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

oms **Essen**, 23. Februar.

Die zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilten Oberbürgermeister Havenstein, Oberhausen, und Bürgermeister Schäfer, Essen, sind im Laufe des heutigen Tages aus dem Gefängnis im Rathaus in Bredeney fortgeschafft worden. Die beiden wurden zuerst nach Düsseldorf gebracht und sollen von dort nach dem Gefängnis in Zweibrücken transportiert werden. Dr. Gunzenz und Regierungsrat Niedermeyer, Stellvertreter des Polizeipräsidenten in Essen, sind in das Zuchthaus nach Werden gebracht worden.

Dem zu zweijähriger Freiheitsstrafe verurteilten Dr. Gunzenz hat der Reichswirtschaftsminister namens der Reichsregierung telegraphisch für sein mannhaftes Verhalten Dank und wärmste Anerkennung ausgesprochen.

*

Die farbigen Truppen, die vor zwei Tagen in die Orte Velbert, Kupferdreh und Werden gelegt wurden, sind heute wieder abtransportiert worden.

Das Rathaus in Herne besetzt.

Herne, [illegible]. Februar. (Mtb.)

Die französische Besatzungsbehörde hat heute den noch nicht verhafteten höheren Verwaltungsbeamten der Stadt die Frage vorgelegt, ob sie bereit seien, die Befehle der Franzosen auszuführen, andernfalls werde das Rathaus besetzt und die Beamten „erfaßt",